

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlen

Herr Thomas Euler

Herr Reiner Blum

Verwaltung

Frau Binder-Kruse

Frau Hennen

Herr Ohse

Herr Worms

Frau Jack

Herr Skarabis

Herr Lötzke

Frau Vinke

Bauamt

Umweltbetrieb

Umweltamt

Umweltamt

Volkshochschule

Bezirksamt Heepen

Bezirksamt Heepen

Bezirksamt Heepen

(zu TOP 6,18)

(zu TOP 7)

(zu TOP 8)

(zu TOP 9)

(zu TOP 10)

Schriftführerin

Externe

Herr Tischmann

Herr Jürgens

Planungsbüro

Tischmann/Schooten

Biologische Station Gütersloh

Bielefeld

(zu TOP 6)

(zu TOP 9)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sodann wird die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

a) Amphibienschutzmaßnahmen Bechterdisser Straße

Herr Kaufmann (Einwohner des Stadtteils Heepen) fragt in Bezug auf die Amphibienschutzmaßnahmen im Bereich der Bechterdisser Straße, wer für die Installation der Amphibienschutzzäune verantwortlich sei und wer die installierten Zäune betriebsbereit halte. Er habe festgestellt, dass eine sinnvolle Nutzung des Tunnels für die Kröten nicht möglich sei, da direkt hinter dem Tunnelausgang ein Schutzzaun aufgestellt wurde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung.

b) Windenergieanlagen

Herr Klaus-Peter Nave (Anwohner des Rendsburger Weges in Brake) fragt, wie die Verwaltung mit der Information umgehe, dass in der Nähe des Suchgebietes in Brake ein Rotmilan gesichtet wurde. Er teilt mit, dass der Vogel in unmittelbarer Nähe des Suchgebietes einen Horst habe und beim Einflug in den Wald fotografiert worden sei. Regelmäßige Flüge und Nahrungssuche des Vogels seien beobachtet worden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung.

c) Interkommunales Gewerbegebiet - Verlegung des Fahrradweges

Frau Linda Lotte (Einwohnerin des Stadtteils Altenhagen) fragt, ob der geplante Fahrradweg in der Straße Hellfeld auf die andere Straßenweite verlegt werden könne. Sie halte den Weg auf der zurzeit geplanten Straßenseite mit den Einmündungen zu den Firmengeländen für zu gefährlich. Aktuell könnten ihre Kinder die Straße Hellfeld als Schulweg wegen der Bauarbeiten im Interkommunalen Gewerbegebiet nicht nutzen.

Deshalb müssten die Kinder die Altenhagener Straße als Schulweg nutzen, auf der zwei gefährliche Verkehrsinseln zu passieren seien. Der Fahrradweg an der Altenhagener Straße sei zurzeit durch Baufahrzeuge und Mulden blockiert.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung.

d) Interkommunales Gewerbegebiet - Monitoring

Frau Linda Lotte ((Einwohnerin des Stadtteils Altenhagen) fragt, wer das versprochene Monitoring im Zusammenhang mit dem Interkommunalen Gewerbegebiet durchführe. Sie fragt, wann die Verwaltung tätig werde bzw. wer feststellen müsse, dass eine Intervention nötig werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung. Er empfiehlt Frau Lotte, selbst Belastungen zu melden, wenn sie solche wahrnehme.

e) Interkommunales Gewerbegebiet - Breite der Pflanzstreifen

Frau Hopfinger (Einwohnerin des Stadtteils Altenhagen) nimmt Bezug auf die Antwort auf ihre Einwohnerfrage vom 26.03.2015 bezüglich der Breite der Pflanzstreifen im nördlichen Teil des Plangebietes. In der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 22.01.2015 habe Herr Tischmann eine Breite von 10 m genannt, in der ihr nun vorliegenden Antwort sei die Breite teilweise mit nur 5 m angegeben. Sie fragt, welche Antwort richtig sei.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, ihm sei der Inhalt des Antwortschreibens noch nicht bekannt. Er habe das Antwortschreiben erst kurz vor der Sitzung erhalten und noch keine Gelegenheit gehabt, es zu lesen.

f) Interkommunales Gewerbegebiet - Bepflanzter Sichtschutzwall

Frau Hopfinger (Einwohnerin des Stadtteils Altenhagen) fragt, warum an der Altenhagener Straße/Ecke Milser Straße ein bepflanzter Wall errichtet werden konnte. Im Zusammenhang mit dem Interkommunalen Gewerbegebiet sei ein solcher Wall u. a. mit der Begründung abgelehnt worden, eine Bepflanzung mit Bäumen sei nicht möglich.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung.

g) Interkommunales Gewerbegebiet - Einfluss auf die Planung

Frau Hopfinger (Einwohnerin des Stadtteils Altenhagen) fragt, wie viel Einfluss die Bezirksvertretung jetzt noch auf die Planungen im Interkommunalen Gewerbegebiet nehmen könne.

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist darauf, dass der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplanverfahren bereits gefasst

worden sei.

h) Interkommunales Gewerbegebiet - Monitoring

Frau Hopfinger (Einwohnerin des Stadtteils Altenhagen) nimmt Bezug auf die zuvor von Frau Lotte gestellte Frage. Sie fragt, weshalb nun die Bürger selbst in der Pflicht sein sollen, für die Durchführung des zugesagten Monitorings zu sorgen. Herrn Moss sei dieses Thema in der Sitzung vom 22.01.2015 sehr wichtig gewesen. Sie fragt, wer die Einhaltung der zugesagten Monitorings regle.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, er habe lediglich die Bitte geäußert, dass die Bürger selbst aufmerksam seien und Belastungen melden sollten. Eine Verpflichtung dazu gebe es selbstverständlich nicht.

i) Windenergieanlagen

Herr Manuel Hellinger (Einwohner des Kreises Herford) fragt, weshalb kein Fledermausgutachten für das Suchgebiet C in Brake erstellt wurde. Im angrenzenden Jammertal im Kreis Herford seien die Arten Graues Langohr, Rohhaut und Großer Abendsegler gesehen und deren Balzlaute gehört worden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung.

j) Windenergieanlagen

Herr Nordiker (Anwohner der Stedefreunder Straße im Stadtteil Brake) fragt, welche Bedeutung der Begriff Konzentrationszone habe und ob damit gemeint sei, dass mehrere Anlagen in einem Gebiet aufgestellt werden. Er fragt, wer verantwortlich für Gesundheitsschäden, Ruheverlust und Wertminderung von Wohneigentum gemacht werden könne und gegen wen Regressansprüche zu richten seien.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung.

k) Windenergieanlagen

Frau Ramm-Schüller (Einwohnerin des Stadtteils Brake) fragt, ob die Bezirksvertretung sich sicher sei, dass bei den laut Gutachten erforderlichen Abständen zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung keine Gefährdung von Menschen in Kauf genommen werde. Ein Referenzgutachten fordere Abstände von 820 m und mehr. Zudem bestehe laut Grundgesetz ein Anspruch auf den Schutz von Gesundheit und Leben. Diesen sehe sie gefährdet.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung.

l) Windenergieanlagen

Herr Ernst Herold (Einwohner des Stadtteils Brake) gibt an, in ca. einem Kilometer Abstand zum möglichen Standort einer Windenergieanlage zu wohnen. Er fragt, weshalb es zulässig sei, dass ein von der Stadt Bielefeld beauftragter Gutachter in mehreren Verfahren tätig werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung.

m) Windenergieanlagen

Herr Klaus-Peter Nave (Einwohner des Stadtteils Brake) fragt, wie die Verwaltung mit der Information umgehe, dass in der Nähe der Suchfläche C in Brake zwei Horste von Greifvögeln entdeckt wurden. Ein Horst sei belegt, der zweite befinde sich in ca. 500 m Abstand vom geplanten Standort einer Windenergieanlage und sei möglicherweise von einem Uhu belegt. Er fragt, ob ein Gutachter oder ähnlich Kompetenter die Situation in Augenschein nehmen werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung und um Information des Fachamtes.

n) Hillegosser Straße - Verkehrsführung für Radfahrer

Herr Bernd Diekmann (Einwohner des Stadtteils Heepen) fragt, warum an der Einmündung der August-Fuhrmann-Straße auf die Hillegosser Straße Radfahrer mittels einer Pinsellösung auf die Straße geleitet werden, obwohl dort eine entsprechende Beschilderung vorhanden sei.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung.

o) Hillegosser Straße - Radweg

Herr Bernd Diekmann (Einwohner des Stadtteils Heepen) fragt, wann der Radweg an der Hillegosser Straße gebaut werde. Dieser fehle noch immer.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt Bezirksbürgermeister Sternbacher die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 1 *

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 08. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 26.03.2015

Herr Schatschneider weist darauf hin, dass der Antrag unter TOP 5.3 ein gemeinsamer Antrag der SPD und der Partei Die Linke sei.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) bittet um Änderung der Niederschrift in folgenden Punkten:

1) Alternativer Formulierungsvorschlag zu den Ausführungen auf Seite 13 1. Absatz, letzter Satz:

"Die im Antrag seiner Fraktion geforderte Maßnahme könne daher als konkrete, schnell umsetzbare Einzelmaßnahme im Rahmen des in dem Antrag der SPD-Fraktion geforderten Konzepts betrachtet werden."

Durch diese Formulierung werde seine Akzentuierung, wie die Anträge zusammengedacht werden sollen, seines Erachtens besser deutlich. Er habe in der Sitzung auf die Schnelle Umsetzbarkeit mehrfach verwiesen.

2) S.19, 5. Absatz, letzter Satz:

Der Satz sollte seines Erachtens lauten: "Diese Kriterien müssen dann abhängig von der örtlichen Situation nachvollziehbar angewendet werden." Anderenfalls ergebe sich ein Widerspruch zum Satz davor.

3) S.21, 2. Absatz in der Mitte:

Er habe gesagt, dass er die Wahl der Referenzanlage mit einer Höhe von 150 m für nicht vernünftig halte und daher für eine Berücksichtigung von Anlagen mit einer Höhe von 200 m bei der Abstandsberechnung plädiere. Hier sei das Wort "nicht" einzufügen.

4) S. 23 vorletzter Absatz:

Zur Klarstellung für den Arbeitsauftrag sollte, wie in der Sitzung von ihm erwähnt, hinter "Windenergieanlagen" "vom Referenztyp" ergänzt werden, da man nur die Anzahl in Abhängigkeit von der Anlagengröße seriös berechnen könne.

Unter Berücksichtigung der von Herrn Schatschneider und Herrn Dr. Elsner vorgeschlagenen Änderungen ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 08. Sitzung der Be-zirksvertretung Heepen am 26.03.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1 Unterbringung von Flüchtlingen in der Tieplatzschule - Informationsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger

In einer Informationsveranstaltung am Dienstag, 12.05.2015, in der Mensa des Schulzentrums Heepen werden die Bürgerinnen und Bürger ab 19.00 Uhr über die geplante übergangsweise Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in der ehemaligen Tieplatzschule informiert. Die beiden leerstehenden Gebäude sollen in eine Flüchtlingsunterkunft umgebaut werden. Die aktuelle Planung und die zeitlichen Abläufe werden vorgestellt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 3.1 *

-.-.-

3.2 Umbau von 5 Bushaltestellen an der Husumer Straße (vgl. BV Heepen 27.11.2014 - TOP 3.3)

Laut Mitteilung des Amtes für Verkehr wurden die Bushaltestellen an der Husumer Straße im April 2015 barrierefrei gestaltet. Die Finanzierung der Umbaumaßnahmen wurde komplett durch die ÖPNV-Pauschale gedeckt - der städtische Haushalt wurde dadurch nicht belastet. Über Grundstückszufahrten mit abgesenkten Bordsteinen seien alle Bushaltestellen barrierefrei zu erreichen. Ein Einbau weiterer Absenkungen an der Husumer Straße konnte im Zuge der Haltestellen-Umbauten nicht vorgenommen werden. Die Finanzierung solcher Straßenbaumaßnahmen ist derzeit aufgrund der städtischen Haushaltslage nicht möglich. Die Husumer Straße soll in den nächsten Jahren saniert werden, dabei sollen dann weitere Absenkungen eingebaut

werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 3.2 *

3.3

Meyer-zur-Müdehorst-Weg - Aufbringen eines Piktogramms (Tempo 30) auf der Fahrbahn (vgl. BV Heepen 22.01.2015 - TOP 8.2)

Laut Mitteilung des Amtes für Verkehr liegt keine verkehrliche Notwendigkeit für die Applikation eines Piktogramms auf dem Meyer-zur-Müdehorst-Weg vor. Piktogramme sollen in oder vor Tempo-30-Zonen nur in bestimmten Ausnahmefällen verwendet werden. In großen Tempo-30-Zonen könne die Geschwindigkeitsbeschränkung mittels Fahrbahnmarkierung wiederholt werden. Im Abstand von ca. 230 m (Salzufler Straße) und ca. 550 m (Bentruperheider Weg) zum Meyer-zur-Müdehorst-Weg sei der Beginn der Tempo-30-Zone ausgeschildert. Bei der fast ausschließlich von Anliegern genutzten Sackgasse Meyer-zur-Müdehorst-Weg handele es sich damit nicht um den Teil einer großen Tempo-30-Zone, in dem die Geschwindigkeitsbeschränkung mittels eines Piktogramms wiederholt werden könne.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 3.3 *

3.4

Ortstermin zum Hochwasserschutz im Bereich des Meierhofes in Heepen am 19.03.2015

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Vermerk des Bezirksamtes Heepen zu einem Ortstermin am 19.03.2015 am Meierhof in Heepen zum Thema Hochwasserschutz.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 3.4 *

3.5

Demographiebericht 2014

Die Demographiebeauftragte und Leiterin des Amtes für Demographie und Statistik hat den vierten Demographiebericht 2014 mit dem Titel „Stadt. Raum. Zahl.“ für die Stadt Bielefeld vorgelegt. Schwerpunkt des Berichts ist das Thema „kleinräumige Unterschiede“. Erstmals wird die kleinräumige Gliederung von Bielefeld vorgestellt und Unterschiede mittels demographischer Stadtkarten graphisch dargestellt. Die Art der

Darstellung ermöglicht einen neuen Blick auf die demographische Situation in Bielefeld.

Die Anlage enthält eine interaktive Anwendung und zusätzlich einen umfangreichen Datensatz für die zehn Stadtbezirke und 92 Statistischen Bezirke für kleinräumige Analysen.

Der Bericht ist unter dem Link

www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/ads/dem/th/ verfügbar.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 3.5 *

-.-.-

3.6

Tätigkeitsbericht des Ortsheimatpflegers des Stadtteils Brake 2014

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug (tabellarische Übersicht) aus dem Tätigkeitsbericht des Ortsheimatpflegers des Stadtteils Brake 2014. Der vollständige Tätigkeitsbericht liegt im Bezirksamt zur Einsichtnahme vor.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 3.6 *

-.-.-

3.7

Einladung zur Vernissage

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Einladung zur Vernissage von Petra Kloß am 13.05.2015 um 19.00 Uhr in der Galerie in der Alten Vogtei. Die Fotografie- Ausstellung trägt den Titel "Eisblüten" - Inspirationen der besonderen Art und wird vom 13.05.2015 bis zum 21.08.2015 gezeigt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 3.7 *

-.-.-

II. mündliche Mitteilungen

3.8 **Barrierefreiheit Bahnhof Brake (vgl. BV Heepen 22.01.2015 - TOP 8.3)**

Herr Skarabis verweist auf eine vor der Sitzung an alle Mitglieder der Bezirksvertretung verteilte Stellungnahme des Amtes für Verkehr. Im Ergebnis sei die Anzahl der Ein- und Aussteiger pro Tag zu gering, um eine Pflicht zum behindertengerechten Ausbau des Bahnhofs zu begründen.

Herr Schatschneider äußert sein Unverständnis darüber, dass eine Verpflichtung zum behindertengerechten Ausbau von der Interpretation und Berechnung der nicht eindeutig zu unterscheidenden Begriffe "Ein- und Aussteiger" und "Fahrgäste" abhängig gemacht werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 3.8 *

-.-.-

3.9 **Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Stadtgebiet - Beantwortung von Einwohnerfragen**

Herr Skarabis verweist auf zwei vor der Sitzung an alle Mitglieder der Bezirksvertretung verteilte Stellungnahmen des Bauamtes zu den Einwohnerfragen von Frau Ramm-Schüller und anderen Anwohnern des Rendsburger Weges und der Husumer Straße und der Einwohnerfrage von Herrn Jörg Kröger aus der Einwohnerfragestunde der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen vom 26.03.2015.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 3.9 *

-.-.-

3.10 **Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Stadtgebiet - Stellungnahme des Rechtsamtes**

Herr Skarabis verweist auf eine vor der Sitzung an alle Mitglieder der Bezirksvertretung verteilte schriftliche Stellungnahme des Rechtsamtes zum Begriff des "substanziell Raumverschaffens".

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 3.10 *

-.-.-

3.11

Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Stadtgebiet - Entscheidungsmatrix

Herr Skarabis verweist auf die vor der Sitzung an alle Mitglieder der Bezirksvertretung verteilte Entscheidungsmatrix zur Auswahl von Flächen als Konzentrationszonen für Windenergieanlagen. Auf Rückfrage von Herrn Dr. Elsner erklärt Herr Skarabis, die dargestellte Anzahl der möglichen Windkraftanlagen pro Suchraum sei auf Grundlage der Windkraftanlage vom Referenztyp ermittelt worden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 3.11 *

-.-.-

3.12

Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Stadtgebiet - "Offener Brief"

Herr Skarabis verweist auf einen vor der Sitzung an alle Mitglieder der Bezirksvertretung verteilten "offenen Brief" von Frau Christiane Miethe.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 3.12 *

-.-.-

3.13

Antwort auf eine Einwohnerfrage (Breite der Pflanzstreifen im Plangebiet "Hellfeld")

Herr Skarabis verweist auf die schriftliche Antwort auf eine Einwohnerfrage von Frau Hopfinger aus der Einwohnerfragestunde der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen vom 26.03.2015, die vor der Sitzung an alle Mitglieder der Bezirksvertretung verteilt wurde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 3.13 *

-.-.-

3.14

Reaktivierung der Wegeverbindung zwischen Martin-Luther-Straße und Engersche Straße (vgl. BV Heepen - 21.06.2012 - TOP 5.1)

Herr Skarabis verweist auf eine schriftliche Stellungnahme des ISB, die vor der Sitzung an alle Mitglieder der Bezirksvertretung verteilt wurde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 3.14 *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Gewerbegebiet Niedermeyers Hof - Wegeverbindungen für Naherholungssuchende und Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1450/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der Vertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen:

Das Gewerbegebiet "ehemaliges Erdbeerfeld" entwickelt sich.

Frage:

Wie ist der Stand der Dinge in Bezug auf die zugesicherten Wegeverbindungen für Naherholungssuchende?

Zusatzfrage:

Welche A- und E-Maßnahmen sind bereits umgesetzt, welche befinden sich noch in Planung?

Herr Skarabis erläutert anhand eines Luftbildes die Lage der Wegeverbindungen in dem Gebiet. Laut Mitteilung des Umweltamtes werde die Ausschreibung für den Wegebau zurzeit vorbereitet. Der Ausbau sei für den Zeitraum Sommer/Herbst dieses Jahres vorgesehen. In einem Gebiet von 1,5 Hektar Größe nördlich der Bechterdisser Straße sei im Herbst 2014 eine Aufforstung erfolgt. Für die Grünlandentwicklung und -pflege für die Flächen an der Hillegosser Straße und südlich der Straße Am Niedernbruch solle noch in diesem Frühjahr ein Pächter gefunden werden. Die Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen nördlich des Gewerbegebietes sei vom Wegebau abhängig. Hier könnten Anpflanzungen und Einsaaten erst nach Abschluss der Wegebauarbeiten erfolgen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 4.1 *

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Schäden durch Baumfällarbeiten im Sieben-Teiche-Grünzug in Brake

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1452/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

Beim Baumfällen im Sieben-Teiche-Grünzug von Brake wurde eine Stromleitung gekappt, befestigte und unbefestigte Wege, sowie Kantsteine beschädigt, Steinplatten verrückt, Bäume mit Markierungen für Wanderwege gefällt und Gebüschstrukturen zerstört. Auf den Rasenflächen liegen Unmengen von Holz herum. Gesunde Bäume

wurden beschädigt und einige Äste landeten im Bach und in einem Teich.

Frage:

Wann werden voraussichtlich die Rasenflächen wieder frei sein?

Zusatzfragen:

Wie hoch sind die Gesamtkosten für alle notwendigen Reparaturen, Instandhaltungs- und Renaturierungsarbeiten?

Wer trägt diese Kosten?

Herr Skarabis zitiert aus der Antwort des Umweltbetriebes:

"Der Umweltbetrieb, Abteilung Forsten/Heimat-Tierpark Olderdissen hat in diesem Jahr im März Baumfällungen an der angefragten Stelle auf städtischem Grund vorgenommen. Die Fällarbeiten sowie das Rücken des Holzes und das Zusammenfahren des Kronen- und Astmaterials wurden aufgrund der nassen Witterung Ende März unterbrochen, um die Schäden durch Fahrspuren möglichst gering zu halten. Darüber hinaus hat der Sturm "Niklas" Ende März zu weiteren Verschiebungen geführt. Mittlerweile wurde das Kronen- und Astmaterial vollständig geräumt, gehäckselt und abgefahren. Das letzte Stammholz wird voraussichtlich im Laufe dieser Woche abgefahren.

Damit sind die Rasenflächen wieder frei, bei trockener Witterung werden diese noch gemulcht und eingeebnet, so dass künftig wieder mit Rasenmäher gemäht werden kann.

Die Gesamtkosten können derzeit nicht genau beziffert werden, überschlägig wird die gesamte Maßnahme jedoch durch die Holzerlöse finanziert. Die Kosten trägt insgesamt der Umweltbetrieb, Abteilung Forsten/Heimat-Tierpark Olderdissen."

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 4.2 *

--.-

Zu Punkt 4.3

Filiale der Bürgerberatung in Brake - Aufwendungen und angebotene Dienstleistungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1453/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

Es ist von der Verwaltung vorgesehen die Bürgerberatung in Brake, aus Kostengründen, zum 31.12.2015 zu schließen.

Frage:

Wie hoch sind die jährlichen Aufwendungen für die Dienststelle (Gesamtaufwendungen und Einzelposten)?

Zusatzfrage1:

Welche Dienstleistungen werden für die Bürger und Bürgerinnen erbracht?

Zusatzfrage 2:

Wie viele Menschen beanspruchen diese Dienste jährlich (Aktenvorgänge und Beratungen ohne Aktenvorgang)?

Herr Skarabis teilt mit, das Bürgeramt habe bezüglich der Anfrage auf die bereits in der Sitzung vom 26.03.2015 bekannt gemachte Mitteilung verwiesen, dass die Bürgerberatung sich in einem laufenden Organisationsprojekt befinde und die Ergebnisse dazu voraussichtlich erst etwa Mitte des Jahres vorliegen werden. Der Bezirksvertretung sei bereits zugesagt worden, dass die Ergebnisse aus dem Organisationsprojekt in einer Sitzung nach der Sommerpause durch die Verwaltung vorgestellt werden. Mit der Information über das Projektergebnis werden auch die Fragestellungen der Anfrage beantwortet, alle anstehenden Fragen sollen dabei aufgegriffen werden.

Herr Schatschneider (Die Linke) fragt, weshalb für die Filiale der Bürgerberatung in Stieghorst entsprechende Zahlen vorgelegt werden konnten.

Herr Skarabis erklärt, hierbei habe es sich um Zahlen aus dem Jahr 2013 gehandelt. Mit der Anfrage seien aktuelle Zahlen angefordert worden, welche derzeit nicht vorliegen.

Herr Schatschneider fragt, ob für die Filiale in Brake Zahlen aus 2013 vorgelegt werden könnten.

Herr Skarabis erklärt, auch aus 2013 seien keine Zahlen bezüglich der Filiale in Brake vorhanden.

Herr Schatschneider äußert sein Unverständnis darüber, dass für andere Filialen der Bürgerberatung Zahlenmaterial vorhanden sei, für Brake jedoch nicht. Er bittet darum, dies zukünftig zu ändern.

Bezirksbürgermeister Sternbacher weist darauf hin, dass die Anfrage seiner Auffassung nach von Seiten der Verwaltung nicht ausreichend beantwortet wurde. Mit der Anfrage seien Zahlen bezüglich der Filiale der Bürgerberatung in Brake angefordert worden, die jedoch von der Verwaltung nicht mitgeteilt worden seien.

Herr Skarabis erklärt, die geforderten Zahlen könnten, wie angekündigt, erst nach der Sommerpause vorgelegt werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 4.3 *

-.-.-

Zu Punkt 4.4 **Ausweisung von Windvorrangflächen - rechtliche und gesetzliche Anforderungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1456/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der CDU-Fraktion:

Welche (gesetzlichen) Mindestanforderungen sind bei der Ausweisung von Windvorrangflächen in NRW zu beachten?

Zusatzfragen:

1) *Gibt es insbesondere eine Regelung, die spätestens bei Errichtung einer Windkraftanlage in einem Gebiet eine mögliche Mindestanzahl Anlagen in dem Windvorranggebiet vorsieht?*

2) *Wie ist die Rechtslage in Bezug auf die Nachbarschaft von Windkraftvorranggebieten und Naturschutzgebieten?*

Herr Skarabis verweist auf die vor der Sitzung an alle Mitglieder der Bezirksvertretung verteilte, schriftliche Antwort des Bauamtes zu der Anfrage. Aufgrund der umfangreichen Stellungnahme des Fachamtes verzichte er auf eine mündliche Zusammenfassung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 4.4 *

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Parkmöglichkeiten im Umfeld der neuen Endstation der Stadtbahnlinie 2**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1451/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der Vertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung wird aufgefordert im Hinblick auf die Fertigstellung der neuen Endstation der Linie 2 in Altenhagen Maßnahmen zu erarbeiten und dann umzusetzen, die bereits vorher die Parkmöglichkeiten in den umliegenden Wohngebieten regeln.

Beispiele könnten sein: Parkerlaubnis nur für Anwohner, Markierung von Parkbuchten erneuern usw.

Frau Kreye (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt zur Begründung des Antrages, das Thema sei bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen vom 27.11.2014 unter TOP 6 angesprochen worden. Die Antworten der Verwaltung dazu seien jedoch aus ihrer Sicht nicht ausreichend gewesen. Sie beobachte im betroffenen Gebiet, dass die vorhandenen Stellplätze vollständig von Anwohnerinnen und Anwohnern belegt werden. Zusätzlich werde aufgrund des vorhandenen Parkdrucks auf Spielplätzen, Kreisverkehren u. ä. geparkt. Nach Fertigstellung der Endhaltestelle sei zukünftig ein vermehrtes Parken im Umfeld zu erwarten. Als Beispiele für mögliche Lösungen nennt Frau Kreye die Wiederherstellung von Parkraummarkierungen im Bereich der Römerstraße und die Ausweisung von Anwohnerparkflächen in den Straßen Strusen und Mecklenburger Straße.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stimmt Frau Kreye darin zu, dass im Bereich der zukünftigen Endhaltestelle schon jetzt ein Problem hinsichtlich der zu Verfügung stehenden Parkmöglichkeiten vorhanden sei.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) schlägt vor, den Antrag dahingehend zu ergänzen, dass die erarbeiteten Maßnahmen vor ihrer Umsetzung in der Bezirksvertretung vorgestellt werden sollen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) stimmt der vorgeschlagenen Ergänzung des Antrags zu. Eine Regelung der Situation mittels Parkerlaubnissen für Anwohner solle aus seiner Sicht jedoch das letzte Mittel sein. Dies solle auch im Beschluss deutlich zum Ausdruck gebracht werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, vor einer weiteren Diskussion sollten die Ergebnisse der Verwaltungsarbeit abgewartet werden.

Frau Kreye erläutert zu ihrem Antrag, die Möglichkeit von Anwohnerparkausweisen sei ganz bewusst nur als eines von mehreren möglichen Beispielen genannt.

Herr Dr. Elsner erklärt, seine Fraktion könne dem Antrag zustimmen, wenn Anwohnerparken nur als letztes mögliches Mittel in Frage komme.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion zusammen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird aufgefordert im Hinblick auf die Fertigstellung der neuen Endstation der Linie 2 in Altenhagen Maßnahmen zu erarbeiten und dann umzusetzen, die bereits vorher die Parkmöglichkeiten in den umliegenden Wohngebieten regeln. Beispiele könnten sein: Markierung von Parkbuchten erneuern, Parkerlaubnis nur für Anwohner (als letztes Mittel), usw..

Die erarbeiteten Maßnahmen sollen der Bezirksvertretung Heepen vor Umsetzung vorgestellt werden.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 5.1 *

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Weg vom Wefelshof in Richtung Grundschule in Brake - Verkehrssicherungspflichten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1454/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

Die Verwaltung wird beauftragt, ihrer Verkehrssicherungspflicht im Bereich des Weges vom Wefelshof in Richtung Grundschule Brake nachzukommen.

Herr Schatschneider erklärt ergänzend zu seinem Antrag, dass im Bereich des betreffenden Weges ständig große Wasseransammlungen zu beobachten seien. Er halte ein strukturelles Problem, wie z. B. eine undichte Leitung, für nicht ausgeschlossen und bitte um Überprüfung durch die Verwaltung.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) vertritt die Auffassung, dass die Verkehrssicherungspflicht als grundsätzlich bestehende Aufgabe der Verwaltung nicht Inhalt eines politischen Antrages sein sollte. Inhaltlich sei seine Fraktion mit dem Antrag einverstanden. Vor diesem Hintergrund habe er die Frage, ob ein Vertreter der Verwaltung bereits vor Ort gewesen sei, um die Stelle zu begutachten.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass eine bestehende Gefahrenquelle umgehend seitens der Verwaltung zu beseitigen sei.

Herr Skarabis erklärt, das Problem sei der Verwaltung bisher noch nicht bekannt gewesen. Er sagt zu, Kontakt zu der entsprechenden Fachdienststelle aufzunehmen und in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Heepen zum Zustand des Weges zu berichten. Ein umgehendes Tätigwerden der Verwaltung halte er nur dann für erforderlich, wenn der Weg nicht mehr verkehrssicher sei.

Herr Dr. Elsner schlägt vor, den Antrag dahingehend zu ändern, dass sowohl die Verkehrssicherheit als auch die Begehbarkeit des Weges wiederherzustellen sei.

Herr Schatschneider erklärt sich mit der Ergänzung des Antrags einverstanden.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird beauftragt, ihrer Verkehrssicherungspflicht im Bereich des Weges vom Wefelshof in Richtung Grundschule Brake nachzukommen und die Begehbarkeit des Weges wiederherzustellen.

- einstimmig beschlossen -

*Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 5.2 *

-.-.-

Zu Punkt 5.3

Spielplatz in Heepen zwischen Altenhagener Straße, Bischof-Meinwerk-Straße und Fehringshof - Benutzbarkeit nach Regenfällen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1458/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Benutzbarkeit des Spielplatzes in Heepen zwischen Altenhagener Straße, Bischof-Meinwerk-Straße und Fehringshof nach starken Regenfällen durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen.

Frau Wittrowski (SPD-Fraktion) begründet den Antrag damit, dass der

stark frequentierte Spielplatz nach stärkeren Regenfällen nicht mehr nutzbar sei. Wasser stehe dann großflächig auf den Spielflächen und den dazwischen liegenden Grünflächen. Die Verwaltung werde gebeten, dafür

zu sorgen, dass der Spielplatz auch nach stärkeren Regenfällen benutzbar bleibe.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, seine Fraktion sei inhaltlich mit dem Antrag einverstanden, denn es bestehe dringender Handlungsbedarf.

Herr Skarabis teilt mit, dass das Problem bereits bekannt sei und eine neue Drainage im betroffenen Bereich verlegt worden sei. Die Ausschreibung der noch erforderlichen Restarbeiten sei bereits in Arbeit.

Bezirksbürgermeister Sternbacher hält es für erforderlich, den Antrag dennoch aufrecht zu erhalten. Der Beschluss habe Kontrollfunktionen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Benutzbarkeit des Spielplatzes in Heepen zwischen Altenhagener Straße, Bischof-Meinwerk-Straße und Fehringshof nach starken Regenfällen durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 5.3 *

-.-.-

Zu Punkt 5.4

Grünfläche an der Straße Fohlenwiese in Heepen - Aufstellung einer Sitzbank, eines Mülleimers und eines Spenders für Hundekotbeutel

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1459/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Sitzbank und den Mülleimer auf dem ehemaligen Kinderspielplatz in der Fohlenwiese wieder aufzustellen.

Außerdem wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob ein Spender für Hundekotbeutel aufgestellt werden kann.

Frau Wittrowski (SPD-Fraktion) führt zur Begründung des Antrages aus, vor dem Bau der Hochwasserschutzanlage im Bereich Fohlenwiese seien an der dortigen Grünfläche eine Sitzbank und ein Abfallbehälter vorhanden gewesen. Beides sei nach Abschluss der Bauarbeiten nicht wieder aufgestellt worden. Die Grünfläche werde unter anderem von älteren Menschen aufgesucht, die nun keine Sitzgelegenheit mehr vorfinden. Außerdem gebe es im Bereich der Grünfläche vermehrt Hundehalter, die die Hinterlassenschaften Ihrer Hunde nicht entfernen. Vor diesem Hintergrund bitte sie um Prüfung, ob ein Spender für Hundekotbeutel aufgestellt werden könne.

Herr Skarabis teilt mit, die Anschaffung, Aufstellung und regelmäßige Nachfüllung eines solchen Spenders sei als freiwillige Leistung aufgrund der derzeitigen Haushaltslage der Stadt nicht möglich. Dem Umweltbetrieb sei das Problem hinsichtlich des Hundekots bereits bekannt. Von dort werde geprüft, ob ein Spender für Hundekotbeutel vielleicht durch Spendengelder finanziert werden könne.

Frau Wittrowski regt an, dazu z. B. Hundesportvereine anzusprechen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, der Antrag sei hinsichtlich der wieder aufzustellenden Sitzmöglichkeit und des Müllbehälters als Auftrag an die Verwaltung zu verstehen. Beides sei vor den Bauarbeiten zum Hochwasserschutz bereits vorhanden gewesen. Hinsichtlich des Spenders für Hundekotbeutel sollte der Antrag seines Erachtens als Anregung an die Verwaltung verstanden werden.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Sitzbank und den Mülleimer auf dem ehemaligen Kinderspielplatz in der Fohlenwiese wieder aufzustellen.

Außerdem wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob ein Spender für Hundekotbeutel aufgestellt werden kann.

- einstimmig beschlossen -

*Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 5.4 *

-.-.-

Zu Punkt 6

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/H 20 "Ortskern Heepen-Erweiterung" und 214. Änderung des Flächennutzungsplanes "Zentrum Heepen". Der Bebauungsplan umfasst Teilflächen südlich des Tieplatzes und südlich der Altenhagener Straße entlang der Straßen Bischof-Meinwerk-Straße, Salzufler Straße, Hassebrock und Hillegosser Straße.
- Stadtbezirk Heepen -
- Beschluss über Stellungnahmen
- Abschließender Beschluss zur 214. Änderung des Flächennutzungsplanes "Zentrum Heepen"
- Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. III/H 20 "Ortskern Heepen-Erweiterung"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1332/2014-2020

Frau Binder-Kruse (Bauamt) fasst die bereits abgeschlossenen Verfahrensschritte zusammen.

Herr Tischmann (Planungsbüro Tischmann/ Schooten) stellt die bauplanerische Entwicklung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes mittels einer Beamerpräsentation im Überblick dar. Dabei nimmt er vertiefend Bezug auf einige Ergebnisse der erneuten Offenlage aus dem Herbst 2014 (Ecke Hillegosser Straße/ Hassebrock - Erweiterung der Baugrenzen und ggf. Verzicht auf Baumstandorte, Hillegosser Straße - geplante Wegeverbindung zwischen Ortsmitte und Schulgelände von Gymnasium/ Realschule sowie Hallenbad und Grünflächen, Einzelhandelsbetrieb an der Hillegosser Straße - Einrichtung von zusätzlichen Werbeanlagen, Herabsetzung der Geschossigkeit im Bereich Hillegosser Straße 12 bis 16 auf 1- 2 Geschosse) und erläutert die jeweilige Entscheidung zur Berücksichtigung oder Zurückweisung der Anregungen aus der Öffentlichkeit.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) nimmt Bezug auf den Beschluss der Bezirksvertretung Heepen vom 26.03.2015 zum Antrag seiner Fraktion bzgl. der Prüfung weiterer Parkmöglichkeiten an der Salzufler Straße entlang des Amtplatzes. Die Fläche des Amtplatzes sei in der Planzeichnung des Bebauungsplans als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung, konkret als öffentliche Platzfläche und Fußgängerbereich, gekennzeichnet. Er fragt, ob die Einrichtung von Parkplätzen entlang des Amtplatzes trotz dieser Kennzeichnung

überhaupt möglich sei oder ob ein erneuter Antrag dazu nötig werde.

Frau Binder-Kruse vertritt die Auffassung, dass die Erstellung eines Parkraumkonzeptes über die Verwaltung der richtige Weg sei, um die Parksituation in Heepen zu erfassen und weiterentwickeln zu können.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fragt, ob nach Eintreten der Rechtskraft des Bebauungsplanes noch zusätzliche Parkplätze realisierbar wären.

Herr Tischmann schlägt vor, die Fraktionen und Einzelvertreter könnten einen Antrag auf Änderung der Kennzeichnung der potenziellen Planfläche im Bebauungsplan stellen.

Herr Dr. Elsner vertritt die Auffassung, es müsse gesichert werden, dass die Einrichtung eines Parkstreifens von entsprechender Breite entlang des Amtsplatzes möglich bleibe. Er halte eine ausdrückliche, entsprechende Ausweisung einer Teilfläche des Amtsplatzes im Bebauungsplan für nötig. Der Bebauungsplan solle die Umsetzbarkeit des zu erstellenden Parkraumkonzeptes und insbesondere die Einrichtung eines Parkstreifens entlang des Amtsplatzes nicht von vornherein ausschließen.

Frau Binder-Kruse erklärt, der Satzungsplan müsse eindeutig sein. Ein entsprechender Beschluss müsse ihrer Ansicht nach den Inhalt haben, die Grenze der Verkehrsfläche entlang des Amtsplatzes entsprechend aufzuweiten. So halte man die Möglichkeit der Einrichtung eines Parkstreifens offen. Sollte der Beschluss wie vorgelegt gefasst werden, sei eine andere Nutzung der Verkehrsfläche ausgeschlossen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fragt, ob nach dem Satzungsbeschluss die Erarbeitung eines Parkraumkonzeptes überhaupt noch sinnvoll sei. Andernfalls könne der Beschlussvorlage aus seiner Sicht jetzt nicht zugestimmt werden. Er äußert seine Verwunderung darüber, dass das Amt für Verkehr und das Bauamt keine Informationen über die jeweiligen Arbeitsaufträge austauschen, wenn diese, so wie hier, miteinander im Zusammenhang stehen.

Frau Binder-Kruse vertritt die Auffassung, dass der Satzungsbeschluss in Bezug auf ein neues Parkraumkonzept künftig verändert und angepasst werden kann. Sie halte eine Unterbrechung des Verfahrens zum jetzigen Zeitpunkt für unverhältnismäßig.

Frau Kreye (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, der Amtsplatz solle aus ihrer Sicht in seiner jetzigen Form nicht angetastet werden. Sie fragt, ob die Nutzung des Geländes der Tieplatzschule auch über die Nutzung als Flüchtlingsunterkunft hinaus im Bebauungsplan geregelt werden sollte.

Frau Binder-Kruse erklärt, bisher liege noch keine planerische Entwicklung zu der Fläche vor. Deshalb sei diese weiterhin als Fläche für den Gemeinbedarf bzw. als Schule gekennzeichnet.

Herr Dr. Elsner verweist darauf, dass die Fläche des Amtsplatzes durch den konkreten Antrag hinsichtlich der Erarbeitung eines

Parkraumkonzeptes und der Einrichtung eines straßenbegleitenden Parkstreifens an der Salzufler Straße berührt werde. Seiner Auffassung nach solle diese konkrete Planung auch im Bebauungsplan einbezogen werden. Der Amtsplatz solle deshalb im Bebauungsplan verändert ausgewiesen werden. Die Umsetzbarkeit des Beschlusses zum Parkraumkonzept dürfe nicht durch den Bebauungsplan behindert werden.

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) verweist darauf, dass eine schnelle Umsetzbarkeit des Beschlusses hinsichtlich der Parkplätze entlang des Amtsplatzes ihrer Auffassung nach weiterhin im Vordergrund stehen solle.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) vertritt die Auffassung, ein gerade gefasster Beschluss solle nicht kurze Zeit später wieder geändert werden müssen. Deshalb solle zunächst das Ergebnis des Parkraumkonzeptes abgewartet werden. Möglicherweise könne das Konzept aufgrund des so entstehenden Zeitdrucks bereits zur nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Frau Binder-Kruse vertritt die Auffassung, die Vorlage eines solchen Konzeptes sei aufgrund der zu prüfenden Rahmenbedingungen nicht innerhalb eines Monats möglich. Grundzüge der vorgelegten Planung werden durch die geringfügige Aufweitung der Verkehrsfläche entlang des Amtsplatzes nicht berührt. Kleine, vereinfachte Änderungen des Bebauungsplanes könnten nach Vorliegen des Parkraumkonzeptes noch erfolgen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, es handele sich aus seiner Sicht um eine schwierige Entscheidung.

Herr Dr. Elsner spricht sich dafür aus, den Satzungsbeschluss heute zu fassen. Ein massiver Eingriff in die vorliegende Planung sei durch das Parkraumkonzept nicht zu erwarten. Weiter teile er die Einschätzung von Frau Kreye, dass auch die Nutzung des Geländes der ehemaligen Tieplatzschule künftig bauplanerisch geregelt werden müsse. Zum jetzigen Zeitpunkt sei das aus seiner Sicht jedoch noch nicht angebracht.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird von 19:33 Uhr bis 19:40 Uhr unterbrochen.

Herr Wäschebach erklärt, seine Fraktion befürworte die Einrichtung von Parkplätzen entlang des Amtsplatzes weiterhin nicht. Mit der Ergänzung der CDU-Fraktion sei seine Fraktion jedoch einverstanden, um den gemeinsam gefassten Beschluss aus der letzten Sitzung bezüglich der Erarbeitung eines Parkraumkonzeptes konsequent weiter zu führen. Der Satzungsbeschluss könne aus seiner Sicht heute unter Berücksichtigung dieser Ergänzung gefasst werden. Das Parkraumkonzept solle zeitnah vorgelegt werden.

Herr Dr. Elsner erklärt, der Fokus solle seiner Ansicht nach weiterhin auf die Entwicklung des Heeper Ortskerns gerichtet sein. Das

Parkraumkonzept als Teilaspekt könne zu einem späteren Zeitpunkt eingearbeitet werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet um Abstimmung über den ergänzenden Antrag der CDU-Fraktion:

"Im Bebauungsplan Nr. III/H 20 "Ortskern Heepen-Erweiterung" soll die Möglichkeit der Einrichtung eines straßenbegleitenden Parkstreifens an der Salzufler Straße entlang des Amtsplatzes in geeigneter Weise sichergestellt werden."

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Im Bebauungsplan Nr. III/H 20 "Ortskern Heepen-Erweiterung" soll die Möglichkeit der Einrichtung eines straßenbegleitenden Parkstreifens an der Salzufler Straße entlang des Amtsplatzes in geeigneter Weise sichergestellt werden.

- mit einer Gegenstimme beschlossen -

Unter Berücksichtigung der Ergänzung ergeht folgender

B e s c h l u s s :

1. Den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB wird gemäß Vorlage Anlage A.1 gefolgt bzw. nicht gefolgt, der Einarbeitung in das Planverfahren wird zugestimmt.

2. Den Stellungnahmen der Öffentlichkeit im Verfahren gemäß § 3 (2) BauGB wird gemäß Anlage A.2.1 stattgegeben (Ifd. Nr. 1), teilweise stattgegeben (Ifd. Nr. 3) bzw. nicht stattgegeben (Ifd. Nrn. 2, 4).

Den Stellungnahmen der Stadtwerke Bielefeld und der Westnetz GmbH im Verfahren gemäß § 4 (2) BauGB wird gemäß Anlage A.2.2 stattgegeben (Ifd. Nrn. 7, 9), den Stellungnahmen der moBiel GmbH und des Geschichts- und Heimatvereins Heepen e.V. wird teilweise stattgegeben (Ifd. Nrn. 8, 10). Die sonstigen Stellungnahmen der Deutschen Telekom Technik GmbH und der Unitymedia kabel mit allgemeinen Hinweisen werden gemäß Anlage A.2.2 (Ifd. Nrn. 5, 6) zur Kenntnis genommen.

Die von der Verwaltung vorgeschlagenen geringfügigen

Änderungen und Ergänzungen der Planunterlagen werden gemäß Anlage A.2.3 beschlossen.

- 3. Den Stellungnahmen der Öffentlichkeit im Verfahren gemäß § 4a (3) BauGB wird gemäß Anlage A.3.1 teilweise stattgegeben (Ifd. Nr. 6) bzw. nicht stattgegeben (Ifd. Nrn. 1, 2, 3, 4, 5, 7).
Der Stellungnahme des Polizeipräsidiums Bielefeld im Verfahren gemäß §§ 4a (3) i.V.m. 4 (2) BauGB wird gemäß Anlage A.3.2 stattgegeben (Ifd. Nr. 10), der Stellungnahme des Geschichts- und Heimatvereins Heepen e.V. wird teilweise stattgegeben (Ifd. Nr. 9). Der Stellungnahme des Evangelischen Kirchenkreises Bielefeld wird nicht stattgegeben (Ifd. Nr. 8). Die sonstigen Stellungnahmen der Deutschen Telekom Technik GmbH und der Westnetz GmbH Unitymedia kabel mit allgemeinen Hinweisen werden gemäß Anlage A.3.2 (Ifd. Nrn. 11, 12) zur Kenntnis genommen.**
- 4. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen geringfügigen und im Wesentlichen redaktionellen Änderungen und Ergänzungen der Planunterlagen nach der erneuten Offenlage werden gemäß Anlage A.3.3 beschlossen.**
- 5. Die 214. Änderung des Flächennutzungsplanes „Zentrum Heepen“ wird mit der Begründung abschließend beschlossen.**
- 6. Der Bebauungsplan Nr. III/H 20 „Ortskern Heepen - Erweiterung“ wird als Satzung gemäß § 10 (1) BauGB beschlossen.**
- 7. Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. III/H 20 „Ortskern Heepen - Erweiterung“ mit ihren Bestandteilen wird gebilligt.**
- 8. Nach Durchführung des Genehmigungsverfahrens zur 214. Änderung des Flächennutzungsplanes sind die Erteilung der Genehmigung für die Flächennutzungsplan-Änderung sowie der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. III/H 20 „Ortskern Heepen - Erweiterung“ gemäß §§ 6 (5), 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.**

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 6 *

-.-.-

Zu Punkt 7

4. Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Bielefeld (Friedhofssatzung) vom 01.

August 2005

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1330/2014-2020

Frau Hennen (Umweltbetrieb) teilt auf Nachfrage von Bezirksbürgermeister Sternbacher mit, sie habe keine Ergänzungen über die Vorlage hinaus. Sie stehe für Fragen des Gremiums zur Verfügung.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) fragt, ob bezüglich des Friedhofs Brake die Streichung der Grabfelder ohne besondere Gestaltungsvorschriften vorgenommen wurde, weil keine entsprechende Nachfrage vorhanden sei. Weiter fragt er, ob Baumbestattungen als Bestattungsart für den Friedhof in Brake zukünftig angeboten werden.

Frau Hennen erklärt, für Grabfelder ohne besondere Gestaltungsvorschriften seien Flächen vorgehalten worden, die nicht anders genutzt werden könnten. Wegen fehlender Nachfrage sollten diese nun gestrichen werden. Neu angeboten würde die Bestattungsart Baumbestattung für Erdbestattungen. Die Satzung bilde eine Art Angebotspalette, für jeden einzelnen Friedhof müsse beschlossen werden, welche Bestattungsarten dort konkret angeboten werden.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) nimmt Bezug auf die Möglichkeit, QR-Codes auf Grabsteinen abzubilden. Die Satzung sei seiner Ansicht nach nicht aussagefähig zu der Frage, ob der für den Inhalt des QR-Codes Verantwortliche auch verpflichtet sei, Änderungen des Inhalts anzuzeigen. Er halte es für notwendig, eine solche Verpflichtung zu regeln, da mit einer Zunahme dieser Codes zu rechnen sei.

Frau Hennen teilt dazu mit, bei der Regelung habe man sich an der Empfehlung des Städtetages orientiert. Eine regelmäßige Kontrolle der Inhalte sei nicht möglich. Im Rahmen des Grabmahantrages könne geregelt werden, dass Änderungen des Inhalts anzuzeigen sind.

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) fragt, ob eine Ausweitung der Beisetzung von Totenaschen auf Aschestreufeldern geplant sei und ob diese Bestattungsart auf allen Friedhöfen angeboten werden solle.

Frau Hennen berichtet, dass jährlich auf dem Sennefriedhof nur eine bis drei Bestattungen dieser Art vorkommen. Diese Form habe sich allgemein nicht etabliert und bleibe die Ausnahme.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fragt, weshalb der Sennefriedhof derart stark im Fokus sei und ob auf den anderen Bielefelder Friedhöfen mit Einschränkungen zu rechnen sei.

Frau Hennen erklärt, beim Sennefriedhof handele es sich um den größten Bielefelder Friedhof mit 100 Hektar Fläche. Deshalb könnten dort die meisten Grabarten angeboten werden. Der Heeper Bezirk sei gut ausgestattet, die Friedhöfe Brake und Altenhagen könnten ihr Angebot erweitern.

Herr Wäschebach fragt, ob für den Friedhof Brake ein Antrag nötig sei, um dort Baumbestattungen oder Aschefeldbestattungen ermöglichen zu können.

Frau Hennen berichtet, dass aus ihrer Sicht für diese Bestattungsart keine Nachfrage bestehe. Persönlich halte sie diese Art für nicht pietätvoll, denn die Asche werde maschinell verstreut und danach eingeschlämmt. Alternativ sei z. B. eine Urnenbestattung an Bäumen eine nachgefragte Bestattungsart, die auf dem Sennefriedhof bereits angeboten werde. Der Braker Friedhof sei für diese Bestattungsart möglicherweise nicht geeignet, da Baumbestattungen flächenintensiv seien. Ein solches Angebot könne dann aufgrund des fehlenden Platzangebotes schnell wieder auslaufen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die 4. Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Bielefeld (Friedhofssatzung) vom 01. August 2005 in Fassung der 3. Änderungssatzung vom 15.12.2014 wird gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage der Verwaltung, Drucksache Nr. 1330/2014-2020, beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 7 *

-.-.-

Zu Punkt 8

Zustand des Johannisbachs und der Aa - Gewässerunterhaltung

Herr Ohse (Umweltamt) berichtet unter Bezugnahme auf einige, von Herrn Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) zur Verfügung gestellte und per Beamer projizierter, Fotos über die Aufgaben der Gewässerunterhaltung. Die Stadt Bielefeld sei in Bezug auf Gewässer ausbau- und unterhaltungspflichtig für ca. 560 km Gewässerstrecken im Innen- und Außenbereich. Die mit Instandsetzung und Entwicklung von Gewässern im Zusammenhang stehenden Arbeiten werden alle zwei Jahre neu ausgeschrieben, die Stadt Bielefeld hält für diese Tätigkeiten kein eigenes Personal vor. Die letzte Ausschreibung im Umfang von ca. 250.000 € sei Ende 2014 erfolgt. Die Aufgaben der laufenden Gewässerunterhaltung umfassen im Wesentlichen regelmäßige, monatliche Kontrollen und Räumungen von Gefahrenpunkten im Gewässernetz, Räumung und Beseitigung von Abflusshindernissen (z. B. umgestürzte Bäume, Unrat), Beseitigung von Gefahrenquellen in und an Gewässern und von Bauwerksschäden (z. B. Ersatz von Gitterstäben an Rechen), Beseitigung von Verstopfungen in Gewässerverrohrungen und die Instandsetzung und naturnahe Wiederherstellung von Gewässerprofilen. Aufgrund der zeitintensiven Tätigkeiten, die von

wenigen Mitarbeitern zu erledigen seien, sei es nicht möglich, Maßnahmen an allen notwendigen Stellen gleichzeitig durchzuführen. Deshalb sei es auch unter anderem nicht möglich gegen illegale Abfangungen neben Kleingartenanlagen vorzugehen.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) dankt Herrn Ohse für den ausführlichen Vortrag. In Bezug auf die angesprochenen illegalen Abfangungen fragt er, ob es möglich sei, gegen die Verursacher Ordnungsgelder festzusetzen. Im Zusammenhang mit den notwendigen Reinigungsarbeiten in und an Gewässern habe er Kontakt zum Gewässerwart des SFV Bielefeld und dem Bielefelder Kanuclub. Von Seiten des SFV Bielefeld sei in nächster Zeit im Zuge von Mäharbeiten eine Abfallsammlung im Bereich des Obersees geplant. Der Kanuclub habe angeboten, im Rahmen der Jugendarbeit Säuberungsarbeiten zu übernehmen.

Herr Ohse bestätigt, mit dem Gewässerwart des SFV Bielefeld bereits in Kontakt zu stehen. Für solche Reinigungsaktionen könnten gern Container für die gesammelten Abfälle bereitgestellt werden. Das Angebot des Kanuclubs sei für ihn neu. In Bezug auf die illegalen Abfangungen erklärt er, für alles, was in Gewässer gebaut werde, werde eine Genehmigung benötigt. Ein Verstoß gegen diese Vorschriften sei eine Ordnungswidrigkeit, die zeitaufwändig verfolgt werden müsse. Das zur Verfügung stehende Personal sei derart durch die Folgearbeiten nach Wetterereignissen eingebunden, dass eine Verfolgung solcher Ordnungswidrigkeiten - auch aufgrund der geringen Erfolgsaussichten - nicht möglich sei.

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) fragt, ob die fraglichen illegalen Abfangungen tatsächlich an Kleingartenvereinen oder eher neben Grabeland zu finden seien.

Herr Ohse teilt unter Bezugnahme auf die Fotos mit, es handele sich um Grabeland.

Frau Grünewald weist darauf hin, dass im Fall solcher Verstöße im Bereich von Kleingartenvereinen der Verein selbst zur Verantwortung gezogen werden könne.

Bezirksbürgermeister Sternbacher hält es für notwendig, zu überprüfen, in welchen Bereichen sich die illegalen Abfangungen genau befinden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 8 *

-.-.-

Zu Punkt 9

Entwicklung des Naturschutzgebietes Töpker Teich

Herr Worms (Umweltamt) erläutert anhand einer Beamerpräsentation die

räumliche Lage, die Geologie und die Geomorphologie sowie die historische Entwicklung des Gebietes um den Töpker Teich. Seit 1986 sei das Areal als Naturschutzgebiet ausgewiesen und habe sich zu einem einzigartigen Gebiet mit unterschiedlichen Biotoptypen entwickelt. Diese Entwicklung wurde u. a. durch Maßnahmen wie Baum- und Strauchanpflanzungen begleitet, die dem Gebiet seine heutige Gestalt verleihen. Probleme bereiten u. a. illegales Fischen, Lager- und Feuerstellen, Vandalismus und Abfallablagerungen.

Herr Jürgens (Biologische Station Gütersloh Bielefeld) stellt die Vegetationsentwicklung und die verschiedenen Vegetationszonen des Gebietes vor. Dabei nimmt er eingehend Bezug auf einige besonders seltene oder bedrohte Pflanzen- und Tierarten und erläutert deren spezielle Ansprüche an ihren Lebensraum. Mehrere dort vorkommende Tier- und Pflanzenarten seien in der Roten Liste NRW oder in der Vorwarnliste geführt. Abschließend erläutert Herr Jürgens die erforderlichen Pflegemaßnahmen in dem Gebiet, wie z. B. Gehölzschnitt, Mäharbeiten oder Landschaftspflege durch Beweidung mit Schafen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fragt, ob das Gebiet z. B. für Gruppenführungen von Schülern oder Vereinen zugänglich gemacht werden könne und ob der besondere Wert dieses Gebietes entsprechend kommuniziert werde.

Herr Worms erklärt, das Gelände sei für Führungen zu klein, deshalb würden solche hier nicht angeboten. Das Gebiet sei in der Öffentlichkeit nicht besonders bekannt. Er halte dies für gut so.

Bezirksbürgermeister Sternbacher würdigt die beachtliche Entwicklung des Gebietes, in welchem ursprünglich eine Müllkippe geplant gewesen sei. Er bedaure, dass bisher kein Begehungskonzept entwickelt wurde und dass das Gebiet auch ausgewählten Kleingruppen bisher nicht zugänglich gemacht werden konnte.

Herr Jürgens vertritt die Auffassung, die Priorität in diesem Naturschutzgebiet liege bewusst auf der Vielfalt der Arten und nicht auf der Zugänglichkeit für den Menschen. Der Wunsch nach Begehbarkeit sei für ihn nachvollziehbar, dennoch solle hier weiterhin der Naturschutz im Vordergrund stehen. Im Bielefelder Stadtgebiet gebe es andere Gebiete, in denen Begehungen möglich seien.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) schildert, nach einer Begehung des Gebietes in Begleitung von Herrn Worms sei er so beeindruckt gewesen, dass er davon Abstand genommen habe, das Gebiet für Ausgleichsmaßnahmen in Bezug auf das Interkommunale Gewerbegebiet in Betracht zu ziehen. Für ihn sei auch nachvollziehbar, dass dort, wenn überhaupt, nur geführte Gruppen Zugang erhalten können.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) bezieht sich auf die aktuelle Diskussion über Naturschutz in der Johannisbachau. Der

kontroverse Punkt sei aus seiner Sicht der, dass der Bürger seine Interessen in einem Naturschutzgebiet zurückzustellen habe.

Herr Wäschebach weist darauf hin, dass es als Alternative zu den Töpker Teichen die Nacke-Teiche gebe, deren Zuwegung von der Milser Straße aus jedoch zugewachsen sei.

Herr Worms sagt zu, dies weiterzugeben.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10

Programm der Volkshochschule - Nebenstelle Heepen - Studienjahr 2015/2016

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1286/2014-2020

Frau Jack (Volkshochschule) teilt ergänzend zur Vorlage mit, im letzten Jahr seien viele Einzelveranstaltungen von kurzer Dauer aber mit hohen Teilnehmerzahlen angeboten worden. Die Verteilung der Teilnehmer auf die einzelnen Angebote sei deshalb sehr unterschiedlich ausgefallen.

Weitere Räume für die Durchführung der Kurse würden benötigt, um das Angebot weiterhin erhalten und ausbauen zu können. In Heepen sei die Raumsituation angespannt, die Raumnutzung sei teilweise mit hohen Kosten für Hausmeisterdienste verbunden. Im Gemeinschaftshaus in Brake sei keine Bestuhlung mit entsprechenden Tischen vorhanden, um dort z. B. Sprachkurse durchführen zu können.

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) vertritt die Auffassung, im Gemeinschaftshaus in Brake seien Stühle vorhanden.

Frau Jack erklärt, ihr Kenntnisstand sei, dass eine Bestuhlung dort nach dem Umbau nicht geplant sei.

Herr Skarabis informiert darüber, dass dort Stühle, aber keine Tische vorhanden seien. Zudem fehle ein Hausmeister vor Ort, der die Räumarbeiten für die unterschiedlichen Nutzungsanforderungen erledigen könne.

Bezirksbürgermeister Sternbacher regt an, einen Ortstermin durchzuführen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) vertritt die Auffassung, es sei bedauerlich, dass Integrationsangebote in Milse so wenig Resonanz haben.

Bezirksbürgermeister Sternbacher sieht z. B. in Baumheide einen höheren Bedarf für solche Angebote als in Milse. Die VHS werde sicher Möglichkeiten finden, dort Angebote zu platzieren. Eventuell sei auch eine Kooperation im Zusammenhang mit der Integration der in Heepen zu erwartenden Flüchtlinge möglich.

Frau Jack teilt mit, dass die VHS bereits in diesem Zusammenhang aktiv sei.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Bezirksvertretung Heepen beschließt das VHS-Programm 2015/2016 für den Stadtbezirk Heepen.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 10 *

-.-.-

Zu Punkt 11

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Skarabis verweist auf die mit der Sitzungseinladung übersandte Übersicht zum Beschlusscontrolling.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - öffentlich - TOP 11 *

-.-.-

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Kathrin Vinke
Schriftführerin